

MARKUS HÜMPFER IN BERLIN

JANUAR 2025



NEWSLETTER

DEMOKRATIE VERTEIDIGEN

Liebe Leserinnen und Leser,

unsere Demokratie steht vor einer Bewährungsprobe. In der vergangenen Woche hat die CDU/CSU-Bundestagsfraktion einen Antrag zur Verschärfung der Asylpolitik eingebracht, der mit den Stimmen der AfD eine Mehrheit fand. Erstmals seit Bestehen der Bundesrepublik wurde ein Antrag der Union mit Unterstützung der rechtsextremen AfD beschlossen.

Dieser Tabubruch hat zu Recht Empörung und Proteste in der gesamten Republik ausgelöst. Tausende Menschen gingen auf die Straße, um gegen die Annäherung der Union an die AfD zu demonstrieren und ein klares Zeichen für die Verteidigung unserer demokratischen Werte zu setzen.

Es ist von entscheidender Bedeutung, dass wir als Gesellschaft eine klare Brandmauer gegen Rechtsextremismus und Demokratiefeindlichkeit aufrechterhalten. Jede Form der Zusammenarbeit oder auch nur der Duldung rechtsextremer Positionen untergräbt das Fundament unserer freiheitlich-demokratischen Grundordnung.

Die SPD steht fest in der Mitte der Gesellschaft und verteidigt kompromisslos die Werte von Freiheit, Gerechtigkeit und Solidarität. Wir werden niemals mit rechtsextremen Kräften paktieren oder ihre Ideologien tolerieren. Unsere Demokratie ist ein hohes Gut, das wir gemeinsam schützen und stärken müssen.

In Zeiten wie diesen ist es unerlässlich, dass wir als Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten geschlossen für eine offene und tolerante Gesellschaft eintreten. Wir dürfen nicht zulassen, dass rechtsextreme Kräfte an Einfluss gewinnen oder gar salonfähig werden. Es liegt in unserer Verantwortung, die Brandmauer gegen Rechts fest und unerschütterlich zu halten.

Lasst uns gemeinsam für die Werte eintreten, die unser Land stark und lebenswert machen. Unsere Demokratie braucht jetzt mehr denn je engagierte Bürgerinnen und Bürger, die für ihre Überzeugungen einstehen und sich gegen jede Form von Extremismus stellen.

Euer Markus



FORTSCHRITTE IM ENERGIEBEREICH

Trotz der hitzigen Debatten im Bundestag in der vergangenen Woche, haben wir am 31. Januar 2025 wichtige Gesetzentwürfe verabschiedet, die darauf abzielen, unsere Energieversorgung nachhaltiger und effizienter zu gestalten.

Ein zentrales Anliegen war die Vermeidung temporärer Erzeugungsüberschüsse im Stromnetz. Hierzu wurde das Energiewirtschaftsrecht dahingehend geändert, dass die Direktvermarktung von Strom aus erneuerbaren Energien ausgeweitet und entbürokratisiert wird. Zudem wurden Anpassungen bei der Vergütung von Anlagen in Zeiten negativer Strompreise beschlossen, um Anreize für eine flexible Stromerzeugung zu schaffen.

Ein weiterer wichtiger Schritt ist die Flexibilisierung von Biogasanlagen. Durch die Anpassung des Erneuerbare-Energien-Gesetzes wird die Förderung künftig an eine bestimmte Anzahl von Betriebsstunden gekoppelt, um eine flexible Fahrweise der Anlagen zu fördern. Zudem wurde der Flexibilitätszuschlag erhöht, um die Wirtschaftlichkeit dieser Anpassungen sicherzustellen.

Diese Beschlüsse sind ein wichtiger Meilenstein auf dem Weg zu einer klimafreundlichen und zuverlässigen Energieversorgung. Ich bin froh, dass wir diese Reformen noch in dieser Legislaturperiode auf den Weg bringen konnten – denn gerade in Zeiten multipler Krisen ist es entscheidend, dass wir handlungsfähig bleiben und konsequent in unsere Energiezukunft investieren. Sie zeigen, dass wir gemeinsam in der Lage sind, die notwendigen Weichenstellungen für die Zukunft vorzunehmen.

DEBATTE ZUR AKTUELLEN MIGRATIONSPOLITIK

Die politische Debatte in Deutschland wird immer toxischer – und das nicht ohne Grund. Der grausame Mord in Aschaffenburg war ein entsetzliches Verbrechen, das uns alle tief erschüttert hat. Doch anstatt gemeinsam über Lösungen zu sprechen, um solche Taten in Zukunft zu verhindern, missbrauchen CDU, CSU und AfD diesen tragischen Fall schamlos für ihre eigene politische Agenda. Das ist verantwortungslos und gefährlich.

Die Union hat gemeinsam mit der AfD im Bundestag für einen Antrag gestimmt, der weder rechtsverbindlich ist noch tatsächlich etwas an der Migrationspolitik ändern wird. Ein Symbolantrag – einzig für den Wahlkampf, auf Kosten unserer Demokratie. Wer jetzt noch von einer „Brandmauer“ zur AfD spricht, macht sich unglaubwürdig. Fakt ist: Die CDU/CSU marschiert immer weiter nach rechts, öffnet sich für rechtsextreme Positionen und gibt damit der Hetze der AfD eine Bühne. Das dürfen wir nicht zulassen!

Die Wahrheit ist: Die Ampel fährt längst die schärfste Migrationspolitik, die es je gab. Die Asylantragszahlen sind zuletzt um 34% gesunken und Abschiebungszahlen sind um 23% gestiegen, weil die Bundesregierung klare Maßnahmen getroffen hat – vom Gemeinsamen Europäischen Asylsystem bis hin zu Rückführungsabkommen mit wichtigen Herkunftsstaaten. Doch das passt nicht ins rechte Wahlkampfnarrativ. Stattdessen blockiert die Union wichtige Gesetze im Bundesrat, mit denen wir abgelehnte Gefährder und Straftäter noch schneller abschieben könnten. Ja, richtig gehört: Die CDU/CSU verhindert genau die Lösungen, die sie selbst fordert – weil sie auf dem Rücken der Migrationsdebatte Stimmen fangen will!

Wir als SPD stehen für eine Politik mit Augenmaß: Wir begrenzen irreguläre Migration, sorgen für faire Asylverfahren und setzen auf Integration statt Ausgrenzung. Wir lassen uns nicht von rechter Hetze treiben und setzen echte Lösungen gegen populistische Parolen.

Und eines ist klar: Eine SPD, die sich von den Rechten treiben lässt, gibt es mit mir nicht! Wir werden weiterhin für eine demokratische, gerechte und solidarische Gesellschaft kämpfen – gegen Spaltung, gegen Hetze und gegen jede Zusammenarbeit mit Rechtsextremen.

Lasst uns gemeinsam für eine wehrhafte Demokratie eintreten. Jetzt. Heute. Jeden Tag.

GEWALTHILFEGESETZ

Während die Union mit der AfD gemeinsame Sache macht und die Migrationsdebatte für ihre politischen Spielchen missbraucht, haben wir als SPD im Bundestag echte Fortschritte für die Menschen in unserem Land erzielt. Am 31. Januar 2025 haben wir das Gewalthilfegesetz beschlossen – ein Meilenstein im Kampf gegen geschlechtsspezifische und häusliche Gewalt.

Jede dritte Frau in Deutschland erlebt mindestens einmal in ihrem Leben physische oder sexualisierte Gewalt. Das ist eine erschütternde Realität, die wir nicht länger hinnehmen dürfen. Mit dem neuen Gesetz schaffen wir erstmals einen bundesweiten Rechtsanspruch auf Schutz und Beratung für betroffene Frauen und ihre Kinder. Das bedeutet: Kostenfreie und verlässliche Hilfe, unabhängig vom Wohnort.

WAHLKREIS



WAHLKAMPF

Der Wahlkampf ist in der heißen Phase – und wir geben alles! Vor Ort sind wir auf den Straßen, an den Haustüren unterwegs, um mit den Menschen ins Gespräch zu kommen. Denn wir wissen: Diese Wahl entscheidet darüber, ob es mit sozialem Fortschritt weitergeht oder ob die Union mit ihrer Blockadepolitik die Weichen für Stillstand und Spaltung stellt.

Die SPD steht für eine Politik des Zusammenhalts – für gute Löhne, stabile Renten und eine gerechte Wirtschaftspolitik. Wir überlassen dieses Land nicht denen, die spalten und Ängste schüren. Jetzt ist die Zeit, Flagge zu zeigen: an den Infoständen, in den sozialen Netzwerken und in den Gesprächen mit Freunden und Kollegen.

Lasst uns gemeinsam dafür kämpfen, dass Deutschland gerecht bleibt – jede Stimme zählt!



OFFENE BÜRGERSPRECHSTUNDE: ZUKUNFTSPERSPEKTIVEN FÜR SYRISCHE MITBÜRGER:INNEN

Der Sturz des Assad-Regimes markiert eine Zeitenwende – nicht nur für Syrien, sondern auch für viele hier lebende Syrerinnen und Syrer. Deshalb habe ich am 3. Januar zu einer offenen Bürgersprechstunde in Schweinfurt eingeladen, um Sorgen und Hoffnungen aufzunehmen und über die Auswirkungen der politischen Veränderungen zu sprechen.

Mit rund 2.000 Menschen syrischer Herkunft in unserer Region, von denen viele längst eingebürgert sind, leisten sie einen wichtigen Beitrag zu unserer Gesellschaft – als Fachkräfte, Auszubildende und Studierende. Doch Forderungen nach pauschalen Abschiebungen und die Einschränkung des Familiennachzugs sorgen für große Unsicherheit. Ich habe klar gemacht: Gut integrierte Menschen dürfen nicht in Angst vor Abschiebung leben!

Wir brauchen eine realistische Asylpolitik, die Schutzbedarf individuell prüft und gut integrierten Menschen verlässliche Perspektiven bietet. Gleichzeitig interessiert viele die Frage, wie sie sich am Wiederaufbau Syriens beteiligen können, ohne Deutschland verlassen zu müssen. Hier müssen wir Möglichkeiten für Kooperationen und rechtliche Erleichterungen schaffen.

Ich werde die Anliegen aus der Veranstaltung in die politische Debatte einbringen und mich weiterhin für eine gerechte und humane Asylpolitik einsetzen. Lasst uns im Dialog bleiben!



TRUMP 2.0 - WAS BEDEUTET DAS FÜR UNS?

Die US-Wahlen 2024 könnten dramatische Folgen für Deutschland und Europa haben. Bei meinem Vortrag am 3. Januar haben wir genau darüber diskutiert: Was passiert, wenn Donald Trump erneut Präsident wird?

Mit Julian Müller-Kaler, einem Experten für transatlantische Beziehungen, haben wir analysiert, welche wirtschaftlichen und politischen Herausforderungen auf uns zukommen könnten. Drohende Zölle auf deutsche Exporte, eine Destabilisierung der NATO und ein noch aggressiverer wirtschaftlicher Protektionismus der USA – all das würde auch unsere regionale Wirtschaft hart treffen.

Gerade unsere exportstarke Region ist auf stabile Handelsbeziehungen mit den USA angewiesen. Deshalb müssen wir als Europa zusammenstehen und für eine starke, selbstbewusste Außen- und Wirtschaftspolitik eintreten.



NEUJAHRSEMPFÄNGE: WICHTIGE IMPULSE FÜR DAS NEUE JAHR

Zum Jahresauftakt fanden zahlreiche Neujahrsempfänge statt – wichtige Gelegenheiten, um politische Schwerpunkte zu setzen. Ein Beispiel war der Neujahrsempfang des SPD-Kreisverbands Kitzingen im Schelfenhaus in Volkach.

Als Hauptredner habe ich betont, worauf es 2025 ankommt: Mehr soziales Denken, weniger nach unten treten – und ein Land, in dem alle gut leben können! Deutschland steht vor großen Herausforderungen – von Investitionen in Bildung und Industrie über bezahlbares Wohnen bis hin zur Verteidigung unserer Demokratie. Gleichzeitig dürfen wir Erfolge wie das Deutschland-Ticket, Verbesserungen beim BAföG und mehr Kindergeld nicht vergessen.

Ein besonnener Kurs mit Olaf Scholz bleibt der richtige Weg, um Deutschland sicher durch diese Zeiten zu führen. Lasst uns gemeinsam für eine soziale und zukunftsfähige Politik kämpfen!



KEINE RENAISSANCE DER ATOMKRAFT - DIE ZUKUNFT LIEGT IN DEN ERNEUERBAREN ENERGIEN

Knapp 200 Menschen kamen in Schweinfurt zusammen, um über die Zukunft der Atomkraft zu diskutieren. Das Fazit war eindeutig: Eine Rückkehr zur Atomenergie ist weder wirtschaftlich noch realistisch machbar.

Bei der Podiumsdiskussion, an der ich gemeinsam mit Vertreter:innen aus Politik und Umweltverbänden teilgenommen habe, wurde klar: Hohe Kosten, fehlende Brennstäbe und Fachkräfte sowie gesetzliche Hürden machen eine Reaktivierung alter oder den Bau neuer Atomkraftwerke unwahrscheinlich. Zudem leisteten die bayerischen AKWs zuletzt nur rund fünf Prozent zur Stromversorgung – ihr Beitrag war also längst nicht so groß, wie oft behauptet wird.

Entscheidend ist jetzt der schnelle Ausbau der Erneuerbaren Energien. So sichern wir unsere Energieversorgung, machen uns unabhängig von autokratischen Staaten und schützen das Klima. Gleichzeitig müssen wir endlich Lösungen für die sichere Lagerung des bereits bestehenden Atommülls finden – in Grafenrheinfeld und anderswo. Neuer Atommüll darf nicht dazukommen!

Atomkraft ist keine Zukunftstechnologie – lasst uns stattdessen in nachhaltige Energie investieren!

WAHLKREIS

GEMEINSAM FÜR MEHR BARRIEREFREIHEIT UND INKLUSION IN SCHWEINFURT

Unter dem Motto "Chancen für Barrierefreiheit und Inklusion" war die Bundestagsabgeordnete Heike Heubach zu Besuch in Schweinfurt. Als erste gehörlose Abgeordnete Deutschlands setzt sie sich besonders für die Verbesserung der Barrierefreiheit ein – eine Herausforderung, die viele Menschen betrifft.

Bei einem Rundgang mit der SPD-Stadtratsfraktion und dem Behindertenbeirat wurden problematische Bereiche wie der Marktplatz und der Lutherplatz identifiziert. Klar ist: Barrierefreiheit bedeutet mehr als Rampen – es geht um echte Teilhabe für alle!

Ein weiteres wichtiges Thema war die Situation gehörloser Menschen. Beim Besuch im Gehörlosenverein Schweinfurt wurde intensiv über Herausforderungen in der Kommunikation mit Behörden und über notwendige Anpassungen im Wohnraum gesprochen. Ein Erfolg: Die Stadt übernimmt künftig die Dolmetscherkosten für Gespräche zum geplanten Umbau des Vereinsheims!

Inklusion darf kein leeres Versprechen sein! Es braucht konkrete Maßnahmen, damit Menschen mit Behinderung uneingeschränkt am gesellschaftlichen Leben teilhaben können. Dafür setze ich mich weiterhin ein!



SCHWEINFURT IST BUNT



Am 26.01.2025 hatte das Bündnis "Schweinfurt ist bunt" unter dem Motto "Die Uhr tickt für Demokratie - 5 vor 12 - Aufstehen gegen rechts" zu einer Kundgebung aufgerufen.

Foto: René Ruprecht

HIER KÖNNT IHR MICH TREFFEN:

Mo, 03.02.2025, 18:00 Uhr	Stammtisch Wahlkreis-Büro Rückertstraße 18, 97421 Schweinfurt
Di, 04.02.2025, 19:00 Uhr	Dialogforum zur Bundestagswahl 2025 BDS Bund der Selbständigen, Autohaus Löffler, Rudolf-Diesel-Str. 22, 97424 Schweinfurt
Do, 06.02.2025, 17:00 Uhr	Feuer und Flamme Aktion in Waigolshausen
Fr, 07.02.2025, 17 Uhr	Feuer und Flamme Aktion in Bergheinfeld, Schweinfurter Str. 3
Fr, 07.02.2025, 19:00 Uhr	Podiumsdiskussion der KAB Schweinfurt, Pfarrsaal Christkönig, Albert-Schweitzer-Str. 1 Schweinfurt-Bergl
Sa, 08.02.2025, 15:00 Uhr	Neujahrsempfang der SPD Schweinfurt-Stadt und -Land, Pfarrheim Werneck, Balthasar- Neumann-Str. 1
Mi, 12.02.2025 19:00 Uhr	Heißer Stuhl des DGB, Naturfreundehaus Schweinfurt, Friedrich-Ebert-Straße 1, 97421 Schweinfurt
Do, 13.02.2025 19:00 Uhr	Bauernverband Schweinfurt Politikergespräch zur Bundestagswahl, Herlindenhalle in Herlheim, Schulweg 13, 97509 Kollitzheim- Herlheim
So, 16.02.2025 11:00 Uhr	Weißwurst-Frühstück Ortsverein Gerolzhofen, Gaststätte Tor zum Steigerwald, Dingolshäuser Str. 1, 97447 Gerolzhofen (Anmeldung an erich.servatius.geo@gmx.net)

KONTAKT

Berliner Büro

E-Mail: markus.huempfer@bundestag.de

Telefon: 030 227 74340

Adresse:

Deutscher Bundestag

Platz der Republik 1

11011 Berlin

Schweinfurter Büro

E-Mail: markus.huempfer@bundestag.de

Telefon: 09721 9452400

Adresse:

Rückertstraße 18

97421 Schweinfurt



Für regelmäßige Einblicke folgt mir auf meinen [Social Media Kanälen!](#)